

VON SILVIA LIEBRICH

Der Versandhauer Hans Schöpflin ist einer, der sich gern einmischt. Der Wirtschaft müssten klare Grenzen gesetzt werden, fordert er. Und: „Ich habe gelernt, dass man den Gewinn des Einzelnen nicht über das Gemeinwohl stellen darf.“ Wer ihm zuhört, wird spätestens jetzt stutzig. Sätze wie diese gehören zum Vokabular von Aktivisten und Kapitalismuskritikern. Aus dem Mund eines Unternehmers und Risikokapitalgebers klingen sie ungewohnt – und Schöpflin will es nicht beim Reden belassen.

Mit der Schöpflin-Stiftung, die 2001 gegründet wurde, will der 73-Jährige Dinge verändern. Damit meint er zurzeit vor allem das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der Europäischen Union, das ihm gewaltig gegen den Strich geht. „Die Frage ist doch, wem sollen solche Abkommen nutzen?“ So wie es derzeit geplant ist, werden seiner Ansicht nach vor allem große internationale Konzerne profitieren. „Gleichzeitig werden Interessen von Bürgern missachtet und ihre Rechte beschritten“, glaubt Schöpflin.

MITTWOCHSPORTRÄT

Mit dem Grundgedanken des Freihandels hat der geplante transatlantische Pakt für ihn nichts mehr gemein. Deshalb will er sich für ein anderes, besseres Abkommen einsetzen, von dem alle profitieren. Dafür will er Kritiker, Befürworter, Wissenschaftler und Politiker zusammenbringen. Und er stellt klar: „Ich will das Abkommen nicht zu Fall bringen, aber ich will, dass es gut wird für die gesamte Gesellschaft und nicht nur für die Wirtschaft. Demokratische Grundprinzipien dürfen nicht infrage gestellt werden.“

Was treibt den Mann mit der pinkfarbenen Brille dazu an, so scharfe Kritik an der eigenen Kaste zu üben? Schöpflin hat gut vier Jahrzehnte den amerikanischen Traum gelebt und Karriere gemacht, erst als Manager im Handel, später als selbständiger Kapitalgeber in San Diego, im US-Bundesstaat Kalifornien. Wer dort Erfolg haben will, muss viel leisten. Schöpflin hat geleistet, hat funktioniert, bis zum Tod seines Sohnes – eines von drei Kindern –, der 1995 an einer Überdosis Heroin starb. Für ihn der schwerste Verlust seines Lebens. Das habe ihn zur Besinnung gebracht, sagt er. „Ich war auf Erfolg programmiert und nicht immer zu Hause, wenn ich es hätte sein sollen. Das war mein Fehler.“ An der Tragödie zerbrach seine Ehe.

Plötzlich ist alles anders. Halt findet Schöpflin im Buddhismus; er beschließt, etwas zu verändern. „Mir macht es auch heute noch Spaß, Geld zu verdienen, aber ich will es nicht weiter vermehren, sondern etwas Sinnvolles damit schaffen“, erklärt er. Vor 13 Jahren gründete er seine erste Stiftung, die Panta Rhea Foundation. Sie unterstützt unter anderem Jugendliche in Kalifornien. Das reicht ihm nicht. Mit zunehmendem Argwohn beobachtet er die dreisten Geschäfte mancher Spekulanten.

Als ein Investor in den Neunzigerjahren in der extrem trockenen Region um San Diego Wasserrechte für den Colorado-Fluss privatisieren und zu völlig überhöhten Preisen weiterverkaufen will, wechselt Schöpflin die Seite. Der Finanzinvestor wird zum Aktivisten. Er hilft, den Widerstand gegen das 500-Millionen-Dollar-Projekt zu organisieren. „Der Kampf hat vier Jahre gedauert, aber wir haben gewonnen.“

Als sich 2001 in den USA und Kanada Bürgerinitiativen gegen das nordamerikanische Abkommen Nafta formieren, schließt er sich an – und bekommt bei einer Demonstration in Quebec die Härte der Staatsmacht zu spüren. „Friedliche Demonstrationen wurden mit Tränengas und Wasserwerfern vertrieben.“ Er selbst sei am Flughafen zum Verhör abgeführt worden wegen eines Stickers am Revers seines Jacketts, das ihn als Nafta-Gegner ausgewiesen habe. Nach diesen Erlebnissen denkt er immer häufiger darüber nach, die USA zu verlassen. Der Entschluss sei über die Jahre gereift, wie er sagt. „Das Amerika, das ich als Student noch erlebt habe, ein Land der Demokratie und Freiheit, gibt es nicht mehr“, stellt er resigniert fest. „Demokraten und Republikaner, die großen

Der Anti-Kapitalist

Der Versandhauer Hans Schöpflin hat in den USA Karriere als Manager und Finanzinvestor gemacht. Das geplante Freihandelsabkommen TTIP hält er für gefährlich – und fordert darum ein Umdenken



Angepasst? Das war einmal. Hans Schöpflin fällt nicht nur mit seiner pinkfarbenen Brille ein wenig aus der Reihe. Viele Jahre hat er am Kapitalismus mit verdient, inzwischen hat er die Seiten gewechselt. FOTO: VERÓNICA LABER

Von Vereinfachungen, gegenseitiger Anerkennung – und Ängsten

Die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, soll EU und USA zum größten Handelsraum der Welt zusammenwachsen lassen; seit Juli 2013 wird darüber verhandelt. Dazu sollen sich die Märkte beider Regionen weiter füreinander öffnen – durch den Abbau von Zöllen, aber auch durch leichtere Beteiligung an Ausschreibungen der öffentlichen Hand. Zudem wollen EU und USA bei der Regulierung enger zusammenarbeiten. So soll eine Vereinfachung und gegenseitige Anerkennung von Vorschriften helfen, unnötige Handelshindernisse zu beseitigen. Als Beispiel werden gerne die unterschiedlichen Anforderungen an Blinker genannt, die in den

USA rot sein müssen, in Europa aber orange. Auch im Gesundheitsbereich gebe es unsinnige Doppel-Regulierungen, heißt es bei der EU-Kommission, die mit Verve für das neue Abkommen eintritt. Sie verspricht massive Wohlstandszugewinne insbesondere für exportorientierte Länder wie Deutschland. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren von TTIP.

Doch die Kritik reißt nicht ab. So befürchten Umwelt- und Verbraucherschützer, die Kooperation bei der Regulierung könne dazu führen, dass europäische Standards aufgeweicht werden. Auch werde es schwieriger, bestehende Vorschriften zu verschärfen, da

die Industrie nach Abschluss des Abkommens mehr Mitsprache erlange – über den Umweg der Regulierungskooperation. Die EU-Kommission weist diese Vorwürfe zurück: Niemand wolle europäische Vorschriften aufgeben oder verwässern.

Umstritten bleiben auch die geplanten „Investitionsschutz-Klauseln“. In Handelsverträgen nicht unüblich, sollen sie stabile Rahmenbedingungen für Investoren der jeweils anderen Seite garantieren. TTIP-Gegner fürchten auch hier ein Einfallstor, um europäische Standards anzugreifen. So könne ein US-Unternehmen auf Basis der Klauseln vor internationalen Schiedsgerichten Schadensersatz ein-

fordern, wenn etwa hierzulande Umwelt- oder Verbraucherschutznormen verschärft werden. Auch der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat Zweifel an der Notwendigkeit dieser Klausel.

Dagegen werben die Verhandler damit, TTIP könne ganz neue Standards setzen im internationalen Handel – etwa dadurch, dass Europa und USA die Investitionsschutz-Klausel und die damit verbundenen Schiedsverfahren besonders transparent gestalten. Ob diese Argumente verfangen, bleibt dahingestellt: Die Kritik wurde zuletzt noch lauter. Und nationale Parlamente – auch in Deutschland – müssen am Ende zustimmen. MIBA

Parteien, stehen sich unversöhnlich gegenüber. Es fehlen die Toleranz und der Wille zur Zusammenarbeit.“ Koalitionen wie hierzulande zwischen CDU und SPD seien unvorstellbar. „So kann sich das Land nicht weiterentwickeln“, warnt er. Vor zwei Jahren verkauft er schließlich sein Haus bei San Francisco und zieht in die Schweiz, bei Basel, wo ein Teil seiner Familie lebt.

Der Kreis schließt sich. Er kommt dort an, wo er vor gut 50 Jahren gestartet ist, um einen Weg zu gehen, der so nie geplant war. Eigentlich sollte er das Unternehmen übernehmen, das sein Großvater gegründet hatte. Schöpflin ist in den Fünfziger- und Sechzigerjahren eine der bekanntesten Versandhausadressen für Aussteuer, Bettwäsche und mehr. Doch sein Vater übernimmt sich finanziell, fast über Nacht muss er das Unternehmen an den Konkurrenten Quelle verkaufen. Hans Schöpflin, zum Nachfolger erzoget und damals gerade 20 Jahre alt, steht ohne Aufgabe da. „In Deutschland gab es für mich nichts mehr zu tun, ich musste mich neu erfinden.“

Sein Wirtschaftsstudium setzt er erst in Frankreich, dann in den USA fort. Es ist die Zeit der großen Umbrüche, der Vietnamkrieg ist in vollem Gang. Mitte der Sechzigerjahre entsteht so eine der größten Protestbewegungen der Vereinigten Staaten. An den Hochschulen wird der zivile Ungehorsam geprobt. Auch die University of Wisconsin in Madison, an der Schöpflin studiert, wird von schweren Unruhen erschüttert. Er landet mittendrin und engagiert sich. „In dieser Zeit hat sich mein Gerechtigkeitsinn entwickelt und eine sensible Haltung gegenüber unkontrollierter und willkürlicher Staatsmacht“, sagt er.

Eigentlich sollte er das Familienunternehmen fortführen, doch dann kam alles anders

Das alles ändert jedoch nichts an seinen Karriereplänen. Er passt sich an. Nach dem Abschluss arbeitet Schöpflin zunächst in Deutschland als Wirtschaftsberater. Bis ihn 1973 der Karlsruher Unternehmer Hugo Mann abwirbt, Gründer des Möbelhauses Mann Mobilia und der Wertkauf-Handelskette. Für ihn soll er in den USA eine Discounter-Kette aufbauen. Doch der Plan scheitert, die Eigentümer zerstreiten sich, die Firma geht pleite. Schöpflin bleibt in den USA und baut als Vorstandsmitglied die Warenhaus-Kette Price Club mit auf – ein Unternehmen das später im Costco-Konzern aufgeht, heute eine der erfolgreichsten US-Handelsketten mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 Milliarden Dollar. Als Price Club Anfang der Achtzigerjahre an die Börse gebracht wird, profitiert Schöpflin. Optionen bringen ihm ein kleines Vermögen ein. Er steigt aus und gründet mit diesem Kapital seine eigene Risikokapitalfirma, investiert erfolgreich in Technologiefirmen wie Qualcomm, heute der drittgrößte Chiphersteller der Welt.

Schöpflin war lange Zeit Teil eines Systems, das er inzwischen mit kritischer Distanz betrachtet. „Große Konzerne prägen die amerikanische Wirtschafts- und Handelspolitik. Manager wechseln ungehindert zwischen Politik und Unternehmen hin und her.“ Diese sogenannte Drehtürenpolitik und ihre Auswirkungen bereiten ihm Sorgen, auch im Hinblick auf das Freihandelsabkommen. TTIP ist für ihn ein politisches Thema, kein ökonomisches. Doch das werde verkannt, meint er. „Wir müssen uns auf die sozialen Werte besinnen, die in Europa in den letzten 200 Jahren geschaffen wurden und diese auch selbstbewusst verteidigen.“ Ein solcher Ansatz sei für ihn aber bei den derzeitigen Verhandlungen nicht erkennbar, kritisiert er.

Dieser Fehler ließe sich noch korrigieren. Mit seiner Stiftung will Schöpflin nicht nur ein Diskussionsforum schaffen, sondern auch unabhängige Rechtsgutachten finanzieren, die etwa klären sollen, welche Mitspracherechte die Länderparlamente bei der Ratifizierung des geplanten Abkommens haben. Eine finanzielle Unterstützung für Nichtregierungsorganisationen sei ebenfalls vorgesehen. Eng zusammenarbeiten soll die Stiftung auch mit politischen und wirtschaftlichen Forschungseinrichtungen. „Mein Ziel ist es, einen Dialog zu TTIP in Gang zu bringen und Lösungen zu finden, von denen alle profitieren.“

PERSONALIEN

Trennung vollzogen

Leonardo Del Vecchio, 79, Gründer des weltgrößten Brillenherstellers Luxottica, greift durch. Sein Unternehmen, das mit Marken wie Ray-Ban in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist, trennt sich vom 39-jährigen Geschäftsführer Andrea Guerra. Das gab die Firma jetzt bekannt. Der erfahrene Del Vecchio (Foto: PR) als Eigentümer und der junge Guerra als Strategie galten lange als Traumduo der italienischen Wirtschaft – bis Guerra im Februar als Minister im italienischen Kabinett gehandelt wurde und die Gerichte erst spät dementierte. Zum endgültigen Zerwürfnis soll es im März gekommen sein, als Guerra ein Bündnis mit dem US-Internetunternehmen Google schloss. Luxottica sollte dadurch eine führende Rolle in der Entwicklung internetfähiger Brillen einnehmen. Dem Senior erschien die Technologie aber als zu riskant und kostenintensiv. Del Vecchio übernimmt übergangsweise wieder mehr Verantwortung für das Geschäft. Künftig setzt er auf eine Doppelspitze bestehend aus dem bisherigen Finanzchef und einem neuen Strategen, der noch gesucht wird. SZ

Auf dem Obststrip

Christian Schmidt, 57, unauffälliger Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, hat endlich mit einem Interview auf sich aufmerksam gemacht. Im Deutschlandfunk rief der CSU-Politiker die Bevölkerung auf, mehr Obst zu essen. Auf die Frage, ob die Europäische Union überschüssiges Obst aufkaufen und vernichten sollte, antwortete Schmidt (Foto: DPA) mit Verve: „Sie sollten essen, ich sollte essen, wir sollten essen.“ Bis zu fünfmal am Tag könne man bedenkenlos Früchte zu sich nehmen, gab Schmidt zum Besten. Auch „zu Beginn am frühen Morgen“ sei Obst ratsam.

Hintergrund seiner Begeisterung für Früchte ist der Einfuhrstopp für Lebensmittel aus westlichen Staaten, den Russland vor einem Monat verhängt hat. Dieser hat vielen Produzenten von Äpfeln und Birnen einen wichtigen Absatzmarkt wegbrechen lassen. Die Europäische Union hat daraufhin Soforthilfen in Höhe von 125 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Die Auswirkungen des russischen Embargos auf die deutsche Landwirtschaft bezeichnete Schmidt als „bislang überschaubar“. Die Bauern hierzulande führen nach Angaben seines Ministeriums nur 2,4 Prozent ihrer Waren nach Russland aus. Der CSU-Politiker riet der Branche, neue Absatzmärkte in Asien und Südame-



rika zu suchen. Russland sei nicht das einzige Land weltweit, das Äpfel brauche.

Der Franke Schmidt hatte im Februar seinen CSU-Parteikollegen Hans-Peter Friedrich als Bundeslandwirtschaftsminister abgelöst, nachdem dieser zurückgetreten war. Seine Aufforderung zum Obstessen hat Schmidt bei seinem österreichischen Kollegen André Rupprechter abgekupfert. Dieser hatte gesagt, der Marktausfall durch die russischen Sanktionen könne ausgeglichen werden, wenn jeder einen Apfel mehr pro Woche esse. SZ

Wieder komplett

Charles-Edouard Bouée, 45, neuer Chef der Münchner Unternehmensberatung Roland Berger Strategy Consultants, hat seine Führungsmannschaft komplett. Der Franzose, der im Juni zum neuen Kopf der Firma geworden war, hat Stefan Schable, 46, der seit 1997 bei Berger ist, zu seinem Stellvertreter gemacht. Zweiter Stellvertreter ist Tijo G. G. Collet d'Escury, 47, der seit zwölf Jahren bei Berger als Berater und Partner arbeitet. Damit ist bei Berger formal wieder Ruhe eingekehrt. Der Umbruch in der Firma, der zur Wahl Bouées (Foto: Bloomberg) geführt hatte, hinterließ große Verunsicherung. Ausgangspunkt der Turbulenzen war der Versuch der früheren Unternehmensführung, die 1967 von Roland Berger, 76, gegründete Wirtschaftsprüfung zu verkaufen. Dieser Plan zerriss die Firma und wurde von der Mehrheit der Partner abgelehnt. Jetzt muss Bouée mit seiner neuen Führung für Frieden sorgen. Bouée, der bisher das Geschäft Frankreich und China verantwortet, soll in dem Führungsstreit gedroht haben, Berger zu verlassen. BÜ

Geschüttelt

Andy Palmer, 51, gehört zu den Menden in der Autobranche, die schon ziemlich früh in ihren Job gekommen sind: Schon 1979 heuerte er bei einem britischen Zulieferer an – damals noch als Lehrling. Ingenieurwissenschaften wurden erst Jahre später studiert; dann ging es aufwärts in der Industrie. Jetzt soll der Brite Palmer (Foto: OH) der zuletzt für den japanischen Renault-Partner Nissan arbeitete und sich dort unter anderem um die Luxusmarke Infiniti kümmerte, bei der britischen Sportwagen-Ikone Aston Martin anheuern. Jener Marke also, die für James-Bond-Streifen mindestens genauso wichtig ist wie ein geschüttelter Wodka-Martini. Ein Brite bei den Briten, das hat einen gewissen Charme, zumal Aston Martin ein Dreivierteljahr nach einer neuen Spitze gesucht hatte. Der letzte Aston-Chef, der Deutsche Ulrich Bez, war nach seinem 70. Geburtstag Ende vergangenen Jahres gegangen. Der britische Job ist – man kann es nicht anders sagen – sportlich: Mit 4 200 verkauften Autos im Jahr gehört die Firma weltweit eher zu den kleineren Sportwagenherstellern. THF

Voilà!

Emmanuel Faber, 50, bislang stellvertretender Danone-Verwaltungsrat, steigt auf und übernimmt die Geschäftsführung des französischen Unternehmens. Faber (Foto: AFP) folgt auf Franck Riboud, 58, der seit 1996 an der Spitze des Unternehmens stand und dort damals die Nachfolge seines Vaters übernommen hatte. Ein Kompletttrückzug? Mitnichten. Riboud behalte weiter sein Amt als Verwaltungsratsvorsitzender, hieß es in der Danone-Mitteilung am Dienstag in Paris weiter. Und: Der langjährige Chef schaffe damit die Grundlage für eine reibungslose Nachfolge. So ganz kann der diplomierte Maschinenbauer Riboud, der Ende der Siebzigerjahre zu den führenden Windsurfern Europas zählte, dann offenbar doch nicht von der Macht lassen. Zu Danone, einem international führenden Konzern bei Milchprodukten, Kindernahrung und Getränken, zählen Marken wie Dany Sahne, Actimel, aber auch Milupa und Volvic. Das Unternehmen beschäftigt etwa 104 000 Menschen an 190 Standorten, auch in Deutschland. Im vergangenen Jahr setzte die Gruppe mehr als 21 Milliarden Euro um. SZ/DPA